

"Jedes Parteimitglied hat das Recht auf volle Information..."

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 10

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339205>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Charakter und die Steuerung eines jeden Akts aus dem bürokratischen Hintergrund machen sie zu einer reinen Formalität. Die Listen der vorbereiteten Kandidaten für alle «Wahlen» können von den Delegierten gar nicht überprüft, geschweige denn auf Grund einer organisierten Absprache mit Gegenkandidaten versehen werden. In Wirklichkeit legen also die Parteitage nicht die Programme und politischen Linien fest, sondern heissen widerstandslos nur das gut, was der Parteiapparat und das alte Politbüro vorbereitet haben. Der Parteitag wählt auch nicht das neue Zentralkomitee, sondern akzeptiert passiv jene Kandidanten, die den Interessen des Apparates entsprechen.

Es ist nur selbstverständlich, dass im Grunde dasselbe System der Vorbereitung, Auswahl und Vorschläge von Kadern durch den Parteiapparat auch bei der Besetzung aller wichtigen Macht- und Leitungspositionen im Staat, in der Wirtschaft und in allen anderen Sphären praktiziert wird.

Es wäre allzu billig zu behaupten, SPS oder kantonale Parteien seien zum vornherein vor solchen Gefahren gefeit.

Jedes Parteimitglied hat das Recht auf volle Information und rückhaltlose Diskussion aller Gegenstände der innerparteilichen Willensbildung vor Beschlussfassung.

Kein Parteimitglied muss unmittelbar oder mittelbar Nachteile befürchten, wenn es sich an der Diskussion von Vorschlägen der Partei oder der Parteiführung beteiligt und dabei Meinungen vertritt, die im Gegensatz zu den Auffassungen der Parteiführung stehen oder das Parteimitglied in Gegensatz zur Parteiführung bringen.

Die Meinungs- und Diskussionsfreiheit innerhalb der Partei ist nicht geringer oder eingeschränkter als ausserhalb der Partei.

Entgegenstehendes Verhalten und Zuwiderhandeln von Parteiorganen, Parteifunktionären und Parteimitgliedern ist parteischädigend.

Aus einer Grundsatzerklärung der SPÖ, angenommen am Parteitag März 1976.